

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
12. Wahlperiode



Vorlage

24. Januar 1996

der Berichterstatter

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

- Drucksache 12 400 -

Einzelplan 04 - Justizministerium

Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 04 gemäß § 28 (1) in Verbindung mit Nr. 6 der Anlage 3 zur Geschäftsordnung des Landtags

Hauptberichterstatterin	Abgeordnete Alexandra Landsberg (GRÜNE)
Berichterstatter	Abgeordneter Lothar Niggeloh (SPD)
	Abgeordneter Winfried Schittges (CDU)

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 04 ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Ergebnisvermerk.

Ergebnisvermerk über das Berichterstattergespräch zum Einzelplan 04 am 22.01.1996**1. Teilnehmer**

Abgeordnete Alexandra Landsberg (GRÜNE)
 Abgeordneter Winfried Schittges (CDU)
 Ministerialrat Kamp (Justizministerium)
 Richter am FG Dabitz (Justizministerium)
 Oberamtsrat Lüttke (Justizministerium)
 Regierungsamtsfrau Mazannek (Justizministerium)
 Ministerialrat Dr. von Ingersleben
 Oberregierungsrat Fröhlecke (Landtagsverwaltung)

2. Ergebnisse**2.1. ADV-Ausstattung der Justizbehörden**

Kapitel 04020 Titelgruppe 60

Von den ausgewiesenen Mitteln entfallen ca. 30,1 Mio DM auf den investiven, ca. 11 Mio DM auf den konsumtiven Bereich (z.B. Schulungskosten, Verbrauchsmittel, anteilige Lizenzkosten).

Kapitel 04040 und 04070 Titelgruppe 78

Die Verstärkung des Mittelansatzes dient u.a. einem möglichen Personalabbau im Hinblick auf das Gutachten, das vom Arbeitsstab Aufgabenkritik (AstA) beim Finanzministerium zur Untersuchung des Schreib- und Protokollendienstes in Auftrag gegeben wurden (kw-Vermerke, Rücknahme der Ausbildungsplätze). Im Nachtragshaushalt 1993 wurde festgelegt, in drei aufeinander folgenden Jahren von den ca. 2400 Ausbildungsplätzen je 136, zeitlich korrespondierend je 136 Angestelltenstellen abzubauen, allerdings unter dem Vorbehalt des Gutachtens in der noch nicht vorliegenden endgültigen Fassung.

Um die Technik-Anwendung zu ermöglichen und zu sichern werden Anwender-Betreuer-Stellen etatisiert (1994: 15 Stellen, in den folgenden 3 Jahren: 69 Stellen). Die Mittelausstattung für 1996 ist quantitativ ausreichend, um die vollständige, sichere und richtige Anwendung der vorhandenen Technik sicherzustellen. Eine Erhöhung des Ansatzes im laufenden Haushaltsjahr ist nicht notwendig, sie würde zusätzliche bauliche Voraussetzungen und weiteres Personal voraussetzen.

Bei Kapitel 04040 betragen die investiven Mittel 7,3 Mio DM, die konsumtiven 1,1 Mio DM.

Das Gesamtvolumen der ADV-Titel im Epl. 04 beträgt im Jahr 1996

im Kapitel 04040 - 10,6 Mio DM

im Kapitel 04070 - 1,8 Mio DM und

im Kapitel 04080 - 0,4 Mio DM.

Bei den im Epl. 04 ausgewiesenen 33.500 Stellen könnte letztlich eine Ausstattung von 25.000 bis 30.000 Arbeitsplätzen mit ADV erreicht werden (im

einfachen Dienst und im allgem. Vollzugsdienst nur in geringem Umfang). Das Gutachten zur Untersuchung des Vollzugs- und Verwaltungsdienstes liegt vor, eine Entscheidung über die Umsetzung der Auswertung wurde noch nicht getroffen. Das Gutachten der Prognos AG zur Untersuchung eines Zentralen Mahnverfahrens liegt vor, die Gutachten der Fa. Kienbaum (Schlußbericht) zum Schreib- und Protokollendienst bei Gerichten und Staatsanwaltschaften und der Wibera AG zum richterlichen Dienst bei der Finanzgerichtsbarkeit liegen noch nicht vor.

2.2. Insolvenzrechtsreform

Ein Simulationsverfahren hat einen personellen Mehrbedarf ergeben, der sich aus der

- Unternehmensinsolvenz und
 - der Verbraucherinsolvenz
- ergibt.

Neu ist die Verbraucherinsolvenz, der Stellenmehrbedarf ist davon abhängig, inwieweit private Haushalte hiervon Gebrauch machen.

Hierfür gibt es eine Einstellungsermächtigung für 80 zusätzliche Stellen für Rechtspflegeranwälter, deren Ausbildung im Jahre 1999 abgeschlossen sein wird.

3. Ergebnisse zu Einzelfragen

Einnahme-Schwerpunkte (Seite 4)

Die Erhöhung der Ansätze ergibt sich sowohl aus einem Anstieg der Verfahren als auch aus dem seit 1994 geltenden Kostenrechtsänderungsgesetz (erste Anpassung der Haushaltsansätze schon im Haushalt 1995).

Ausgaben-Schwerpunkte (S.5)

Bei der Maßnahme mit einem ersten Teilbetrag in Höhe von 1 Mio DM handelt es sich den Ausbau des Amtsgerichts und den Neubau für die Staatsanwaltschaft Dortmund.

Hinsichtlich der 18 Ansätze für Vorarbeitskosten wird auf **Anlage 1** verwiesen.

Kapitel 04010

Titel 518 10

Mehrbedarf, weil für die Dauer von notwendigen Umbauarbeiten im Justizministerium Räumlichkeiten für das Landesjustizprüfungsamt angemietet werden müssen.

Kapitel 04010

Titel 812 20

Etatisiert wurde der 1. Teilbetrag. Insgesamt werden ca. 1 Mio DM benötigt.

Kapitel 04020

Titel 518 20

Ein Bus der Justizvollzugsschule Wuppertal ist nicht mehr gebrauchsfähig (Neuanschaffungskosten ca. 200.000 DM + lfd. Personal- u. Wartungskosten).

Für die Anmietung werden in einem Jahr 45.000 DM benötigt. Der Bus dient hauptsächlich der Beförderung ausländischer Juristen zu Einführungsveranstaltungen in das deutsche Recht.

Kapitel 04020

Titel 525 10

18 Bewährungshelfer und Sozialarbeiter im Strafvollzug sollen 1996 an einer psychotherapeutischen Maßnahmenschulung teilnehmen. Die Maßnahmenschulung befaßt sich vornehmlich mit Drogenproblemen von Straffälligen.

In das Programm "Soziale Ansprechpartner für betriebsinterne Probleme" sollen mittelfristig alle Justizbehörden einbezogen werden. Zunächst wird ein ausgewählter Kreis aus den größeren Behörden an Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen. Die veranschlagten Mittel reichen für 16 Teilnehmer, die aber den Bedarf noch nicht decken.

Kapitel 04020

Titel 546 45

Erhöhter Ansatz wegen der Tagung der Generalstaatsanwälte und des Generalbundesanwalts 1996 in NRW, zu der ca. 100 Gäste erwartet werden (findet alle 16 Jahre in NRW statt).

Kapitel 04040

Titel 111 10

Ansatz der Einnahmen erhöht aufgrund des Kostenrechtsänderungsgesetzes und der allgemeinen Preissteigerungen (Verfahren mit höherem Streitwert gemäß der allgemeinen Kostenentwicklung).

Kapitel 04040

Titel 427 20

Hierbei handelt es sich um den Ausgleich von - vorübergehenden - Vakanzen im Personalbereich bedingt durch längere Erkrankungen, Mutterschaftsurlaub pp. Auch nicht fest übernommene ehemalige Auszubildende werden hier vorübergehend beschäftigt.

Kapitel 04040

Titel 517 10

Korrespondierend zur Mittelerhöhung werden Arbeiterstellen abgesetzt (z.B. S.63 unten: -43). Die Maßnahme resultiert aus einem Grundsatzbeschuß (aufgrund eines AstA-Vorschlags) aus dem Jahre 1993, wonach sukzessive der Reinigungsdienst abgebaut werden soll. Im Justizbereich sind hiervon insgesamt 460 eigene Reinigungskräfte betroffen (davon 5 im Ministerium). Der Abbau erfolgt im Wege des altersbedingten oder sonstigen Ausscheidens ohne Entlassungen.

Kapitel 04040

Titel 532 00

Durch Rechtsänderungen gibt es Verbesserungen auf der Einnahmeseite, aber -wie hier- durch rechtliche Verpflichtungen auch Mehrausgaben (u.a. durch eine Anpassung der BRAGO, Entschädigung von Zeugen u. Sachverständigen pp.).

Kapitel 04040**Titel 545 00**

Die Notwendigkeit und der Umfang der technischen Sicherung von Wohnungen (z.B. eines Richters in Strafsachen) ergeben sich auf der Grundlage von Gutachten der kriminalpolizeilichen Beratungsstellen.

Kapitel 04040**Titel 546 50**

Um die vom Gesetz geforderte (bestmögliche) Betreuung sicherzustellen, sind die anfallenden (lfd. steigenden) Kosten zu etatisieren. Auswirkungen des - zustimmungspflichtigen - Betreuungsgesetzes (BTG) des Bundes.

Kapitel 04040**Titel 632 30**

Vereinbarung vom 21.11.1995 über die Beteiligung der Länder an den Personal- und Sachkosten des Landgerichts Berlin zur Bewältigung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und des Justizunrechts (vgl. Drs. 12/562). Im gerichtlichen Bereich werden die Personal- und Sachkosten je zur Hälfte durch die Länder und das Land Berlin getragen, nachdem der Bund eine 50%ige Beteiligung abgelehnt hat. Für die gesamte Laufzeit bis zum Jahre 2004 beträgt der NRW-Anteil insgesamt 5,4 Mio DM.

Kapitel 04040**Titel 643 10**

Die Mittelerhöhung basiert auf der gestiegenen Zahl der Unterbringungstage für unzurechnungsfähige Beschuldigte in den Landeskliniken. Der Berechnungsschlüssel ergibt sich aus dem Maßregelvollzugsgesetz, die Unterbringungstage werden von den Landschaftsverbänden berechnet und dem JM/FM über die Aufsichtsbehörde (MAGS) mitgeteilt.

In diesem Titel sind die konsumtiven, in Titel 883 10 die investiven Kosten etatisiert.

Kapitel 04040**Titel 685 30**

Etatisiert sind die Kosten einer einmaligen Veranstaltung: Treffen der Richter und Staatsanwälte aus der Euregio Rhein/Maas.

Kapitel 04040**Titel 513 60**

Erhöhung nicht erforderlich, da bei Bewährungshilfe und Führungsaufsicht u.a. keine hohen Zustellungskosten anfallen.

Kapitel 04040**Titel 546 60**

Was sich hinter der Bezeichnung "sonstige vermischte Ausgaben" z.B. verbirgt, ergibt sich aus der als **Anlage 2** beigefügten Übersicht .

Kapitel 04050**Titel 125 10**

Eine günstige Auftragslage führt zu Mehreinnahmen. Bei Titel 522 70 wurden dementsprechende Mehrausgaben etatisiert.

Kapitel 04050**Titel 518 10**

Der Mehransatz enthält 600.000 DM für die Anmietung eines Gebäudekomplexes für den offenen Vollzug der JVA Euskirchen mit weiteren rund 300 Plätzen. Im Gegenzug wird die JVA Düren aufgegeben.

Kapitel 04050**Titel 546 10**

Ein Kassenfehlbestand von ca. 900.000 DM bei der JVA Willich I ist hier auszugleichen, der weitere Ansatz entspricht Erfahrungswerten (Heizkostenzuschüsse für Dienstwohnungen, Vorstellungsgespräche mit Bewerbern u.a.).

Kapitel 04050**Titel 681 91**

Die Mittel reichen aus, um an alle Abschiebehäftlinge 80.-- DM monatliches Taschengeld zu zahlen (bei Bedürftigkeit). Derzeit wird noch 1,50 DM am Tag bezahlt. Der Innenminister muß den Justizminister erst anweisen, falls sich das ändern soll.

Kapitel 04050**Titel 684 10**

Es handelt sich um keine echte Kürzung. Die Mittel für das Modellprojekt "Die Waage" wurden nach Titel 684 20 verlagert (150.000 DM; 500.000 DM wurden für weitere Zuschüsse zum Täter-Opfer-Ausgleich bewilligt).

Kapitel 04050**Titelgruppe 60**

Die Steigerungsraten resultieren einem bereinigten - kostendeckenden - Mittelansatz (auch Ausfluß des Gesetzes über Tagesstätten für Kinder: Titel 684 60).

Kapitel 04050**Titel 681 70**

Das Arbeitsentgelt wurde an das Ist-Ergebnis des Vorjahres angepaßt. Von ca. 9200 Beschäftigten befinden sich 17% in Aus- und Weiterbildung, 7000 Gefangene in Unternehmer-, die übrigen in Eigenbetrieben. Unverschuldet ohne Beschäftigung gebliebene, bedürftige Gefangene erhalten ein Taschengeld. Hausarbeiter werden ebenfalls entlohnt. Die Zahl der Arbeitsplätze ist auch abhängig von osteuropäischen und fernöstlichen Billiganbietern sowie vom Arbeitsmarkt.

Kapitel 04050**Titel 812 80**

Verminderung des Ansatzes bedeutet nicht, daß der Ausbildung von Gefangenen geringere Bedeutung zukommt, sondern es wurde das Soll 1996 an das Ist-Ergebnis 1994 angepaßt. Die Bedarfsanmeldung war geringer.

Kapitel 04070**Titel 517 10 u. 518 10**

Es handelt sich um allgemeine Kostensteigerungen, weitere Gebäude oder Räume werden nicht angemietet.

Kapitel 04070**Titel 532 10**

Die Mehrausgaben sind durch das Kostenrechtsänderungsgesetz bedingt.

Kapitel 04080**Titel 518 10**

Die Anmietung von Räumlichkeiten in Köln wegen der Herrichtung des Gebäudes am Appelhofplatz entfällt, der Mittelansatz wurde entsprechend gekürzt.

Kapitel 04900

Die Versorgungslasten wurden durchgängig aus Gründen der Haushaltstransparenz bei den Einzelplänen veranschlagt. Die Ansätze wurden auf der Basis entsprechender Hochrechnungen kalkuliert.

Landsberg
Hauptberichterstatteerin

Schittges
Berichterstatte

Anlage 1

Anlage 1

Baumaßnahmen mit weiteren Vorarbeitskosten

Kapitel 04 040 Titel	Zweckbestimmung	Ansatz
712 00	Erneuerung der Fassaden von Dienstgebäuden des Oberlandesgerichts Düsseldorf (Altbau und Hochhaus)	--
714 00	Erneuerung der Hochhausfassade beim Landgericht Düsseldorf	39.100
737 00	Erweiterung des Oberlandesgerichtsgebäudes und der Generalstaatsanwaltschaft in Düsseldorf	10.000
738 00	Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes in Grevenbroich und aus diesem Anlaß erforderliche Umbauarbeiten im Altbau	363.700
741 20	Bauliche Sanierung im Bestand der Amtsgerichtsgebäude in Dortmund	500.000
742 00	Neubau für das Amtsgericht in Essen-Steele	200.000
765 00	Erweiterung des Gebäudes des Oberlandesgerichts Hamm und aus diesem Anlaß erforderliche Umbauarbeiten in dem Altbau	10.000

Kapitel 04 040

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz
771 00	Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes in Gütersloh und aus diesem Anlaß erforderliche Umbauarbeiten in dem Altbau	175.600
774 00	Herrichtung der ehemaligen Landwirtschaftsschule in Arnberg zur Unterbringung der Staatsanwaltschaft Arnberg	258.300
779 00	Neubau für das Amtsgericht Rheda-Wiedenbrück	150.000
791 00	Neubau für das Amtsgericht Waldbröl	200.000
793 00	Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes in Königswinter und aus diesem Anlaß erforderliche Umbauarbeiten im Altbau	500.000
795 00	Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes in Eschweiler und aus diesem Anlaß erforderliche Umbauarbeiten im Altbau	500.000

Kapitel 04.050

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz
721 00	Ausbaumaßnahmen für die Justizvollzugs- anstalten Willich I und II	200.000
736 00	Ausbaumaßnahmen bei der Justizvollzugs- anstalt Geldern	200.000
754 00	Errichtung eines Arbeitsgebäudes bei der Justizvollzugsanstalt Schwerte	200.000
765 00	Ausbaumaßnahmen bei der Justizvollzugs- anstalt Bochum	500.000
774 00	Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Gelsenkirchen-Feldmark	534.900

Anlage 2

Beispiele für Finanzbedarf bei Kapitel 04 040 Titel 546 60 UT 2
(sonstige vermischte Ausgaben)

- Umzugsmaßnahmen
- Vorstellungsreisen
- Dolmetscherhinzuziehung
- Sachkosten im Zusammenhang
mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

12/304